

TAZ

Kommentar über Aufklärungsunterricht

Lektionen in politischer Bildung

Eine Befragung besagt, dass Schüler sich mehr Liebe im Aufklärungsunterricht wünschen. Die Bildungsverwaltung sollte das ernst nehmen.



Weg vom reinen Biologie-Unterricht hin zu mehr Liebe, Sexualität und Vielfalt

Kaum etwas treibt Teenager mehr um als die Entdeckung der eigenen Sexualität. Und was machen die Schulen daraus? Verbannen das Thema längst nicht mehr ausschließlich aber immer noch viel zu oft in den Biologieunterricht und beschränken sich dort darauf zu erklären, wie der Körper funktioniert. Auch wichtig, aber nicht genug, wie nun auch eine Befragung der Evangelischen Schulstiftung von Siebt- bis 13-KlässlerInnen zeigt. Zwar konzentriert sich die Befragung auf evangelische Schulen in Berlin und Brandenburg. Doch auch die unterrichten nach denselben Rahmenlehrplänen wie die staatlichen Schulen.

Immer wieder sagen ExpertInnen, die Antigewaltworkshops in Schulen geben: „Schwuchtel“ ist ein gängiges Schimpfwort auf den Schulhöfen. Diskriminierungen wegen des Körpers, sexueller Orientierung, Behinderung liegen bei den gemeldeten Fällen aus Schulen auf dem zweiten Platz hinter rassistischen Diskriminierungen (von einer hohen Dunkelziffer darf man ausgehen). Wer es schafft, mit Jugendlichen die Themen Sexualität und Vielfalt zu diskutieren, vermittelt also auch Lektionen in Demokratieerziehung.

Davon abgesehen ist das Privateste ohnehin von je her politisch: Die konservative Rechte instrumentalisiert das Thema mit Vorliebe für sich. Die AfD ist im Sinne der kinderreichen Familie grundsätzlich dafür, jegliche „Gender-Ideologie“ aus den Schulen zu verbannen.

Und dann erinnere man sich an die Broschüre der Bildungsverwaltung aus dem vergangenen Jahr, „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“. CDU und

AfD wollten das Heft – das sich allerdings bereits an Kita-Kinder richtet – stoppen (was nicht gelang, die Broschüre wurde stattdessen mit dem Respektpreis des Bündnisses gegen Homophobie ausgezeichnet).

Insbesondere nichtheterosexuelle Jugendliche brauchen die Schule als Schutzraum – und fast alle der Befragten wünschen sich mehr Schutz vor Diskriminierung durch kompetent handelnde Lehrkräfte. Diese Erkenntnis sollte die Bildungsverwaltung umtreiben.